

Referat 22 - Sozialplanung, Koordination und Fachdienste	Datum: 25.10.2022	Geschäftszeichen: 22/100-0133
--	----------------------	----------------------------------

Gremium Sozial- und Gesundheitsausschuss	beschließend nach § 9 Abs. 2 GeschO
Sitzung am 24.11.2022	öffentlich

Betreff: Unabhängige psychiatrische Beschwerdestelle (UpB) - aktuelle Entwicklungen – Problemmeldung <u>Anlagen:</u> Sachbericht aktuelle Situation unabhängiger psychiatrischer Beschwerdestellen UpBn

Beschlussvorlage

22/BV/302/2022

öffentlich gemäß § 19 Abs. 1 Satz 2 GeschO

I. Sachverhalt

OSPE e.V. hat sich dafür entschieden, die Trägerschaft der Unabhängigen psychiatrischen Beschwerdestellen (UpB) in Oberbayern Süd, Nordost und West zum 31.12.2022 zu beenden.

Nach der Einführung der bayerischen UpB Förderrichtlinien haben die Bezirke gemeinsam vereinbart, dass die Bezirksverwaltungen den UpB bzw. den Träger der UpB weiterhin unterstützend und beratend zur Seite stehen.

Daher hat der Bezirk Oberbayern in Bezug auf die Förderrichtlinien des Freistaates stets zu vermitteln versucht.

Herr Bezirkstagspräsident Josef Mederer hat zuletzt im April 2022 mit einem Schreiben an den bayerischen Gesundheitsminister auf pragmatische Umsetzung der Förderrichtlinien hingewiesen. Die Unabhängigen psychiatrischen Beschwerdestellen in Oberbayern stellen sicher, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen einen Zugang zu Beschwerdesystemen und zu den Beschwerdeverfahren der psychiatrischen Kliniken, Einrichtungen und Dienste finden und Gehör erhalten. Daher sollen in Bayern flächendeckend, unabhängige Beschwerdestellen eingerichtet werden, die Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie deren Angehörigen (Hilfesuchenden) leicht erreichbar, kostenlos und auf Wunsch anonym ein offenes Ohr für ihre Anliegen bieten. Dieses Ziel der Staatsregierung ist mit der Beendigung des Engagements der OSPE in den o.g. Regionen Oberbayerns gefährdet. Die Sozialverwaltung wird sich mit Vertretungen der OSPE über das weitere Vorgehen beraten, da auf die gewachsene Expertise und das ehrenamtlichen Engagements nicht verzichtet werden kann.

II. Finanzierungsvorschlag

entfällt

III. Personalbedarf

entfällt

IV. Beschlussdokumentation

Umsetzungszeitpunkt: entfällt
Umsetzungsmaßnahme: entfällt

Beschlussvorschlag

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstand zu Kenntnis.
Die Sozialverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Vertretungen der OSPE über das weitere Vorgehen zu beraten.

München, 10.11.2022



Josef Mederer
Bezirkstagspräsident